

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 – QueerWeg Verein für Thüringen e.V.

1. Ehe für alle: Wie stehen Sie zur vollständigen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe bzw. zur Öffnung der Ehe für nicht-heterosexuelle Menschen? Welchen weiteren Anpassungsbedarf sehen Sie in der Gesetzgebung zum Adoptionsrecht? Welche konkreten Initiativen haben Sie unternommen oder sind Ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?

Die Freien Demokraten setzen sich für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ein. Bestehende Lebenspartnerschaften sollen in eine Ehe überführt werden können. Für uns entsteht eine Ehe vordergründig aus zwei Menschen, die sich dafür entscheiden, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Das Geschlecht sollte dabei in einer freien und vielfältigen Gesellschaft genauso wenig eine Rolle spielen wie andere Persönlichkeitsmerkmale. Wir setzen uns deshalb für alle notwendigen Gesetzesänderungen ein, um eine komplette Gleichstellung zu erreichen.

Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einher geht für uns die Gewährung des gemeinsamen Adoptionsrechts. Liebe und Kinderwunsch sind die persönlichsten Entscheidungen im Leben von Menschen. Der Staat sollte sich aus diesen intimen Angelegenheiten heraushalten und freie Entscheidungen ermöglichen, sofern sie ethisch vertretbar sind.

2. Reproduktionsmedizin: Unterstützen Sie Verbesserungen der gesetzlichen Regelungen auf dem Gebiet der Reproduktionsmedizin für LSBTIQ* (z.B. Kostenübernahme durch Krankenkassen bei künstlicher Befruchtung bei lesbischen Paaren wie bei heterosexuellen Paaren)?

Wir fordern einen offenen Umgang mit den Möglichkeiten der modernen Reproduktionsmedizin. Allen Menschen muss unabhängig vom Familienstand der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Angeboten gegeben werden. Das Kindeswohl hängt von der Liebe der Eltern ab, nicht von der Art der Zeugung. Eizellenspenden und nicht-kommerzielle Leihmutterchaft sind in vielen Staaten der EU bereits legal und sollten auch in Deutschland unter Auflagen erlaubt werden.

3. Verbot von „Homo-Heilungen“: Wie stehen Sie zu einem gesetzlichen Verbot sogenannter Konversionstherapien zur angeblichen „Heilung“ nicht-heterosexueller Menschen?

Mit dem angestrebten Verfassungsgrundsatz bzgl. des Diskriminierungsschutzes der sexuellen Identität ist jede Form von Zwangstherapie rechtlich nicht vereinbar und wird darüber hinausgehend grundsätzlich durch uns Freie Demokraten abgelehnt und muss rechtlich verfolgt werden.

4. Erweiterung Artikel 3 GG: Es gibt verschiedene Initiativen, den Artikel 3 GG um die Formulierung „sexuelle Identität“ zu erweitern. Welche Position nimmt hier Ihre Partei ein?

Die FDP fordert die Verankerung des Verbots der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes. Als Vorbild kann hierfür Artikel 2 Absatz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen dienen.

5. Bildung/Aufklärung: Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Themen der Vielfalt sexueller Identitäten, Orientierungen und Lebensweisen in Schule und Unterricht in angemessener Weise behandelt werden? Setzen Sie sich für einen „Aktionsplan für Vielfalt“ auf Bundesebene ein, der Homophobie und Transphobie entgegenwirkt und die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTIQ* erhöht?

Bildungsinhalte müssen die gesellschaftlichen Lebensrealitäten widerspiegeln. Die Verantwortung dafür sollte nach unserer Vorstellung jedoch in die Hände von selbstverantwortlichen Schulen gelegt werden. Unter die pädagogische Eigenständigkeit der Schule fällt auch die Freiheit der Wahl geeigneter Unterrichts- und Lehrmittel.

Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Antisemitismus. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gesamtgesellschaftlich gestärkt werden.

6. Situation trans- und intergeschlechtlicher Menschen: Welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll und welche Initiativen haben und werden Sie ergreifen, um die aktuelle Situation trans- und intergeschlechtlicher Menschen in Deutschland zu verbessern?

a) Wie stehen Sie zu einem Ausbau der Beratungsangebote und der sozialen, psychologischen und medizinischen Unterstützung von Menschen, die ihr Geschlecht anpassen möchten?

Die genannten Beratungsangebote für Menschen, die ihr Geschlecht anpassen möchten, sind flächendeckend zu ermöglichen.

b) Wie stehen Sie zu weiteren Änderungen des Personenstandsrechts auch nach den letzten Gesetzesänderungen aus dem Jahr 2013 (z.B. Handhabung von Geschlechtseinträgen)?

Wir Freie Demokraten wollen das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden erfolgt.

c) Welche Maßnahmen unterstützen Sie, um unnötige chirurgische Behandlungen von intergeschlechtlichen Menschen zu verhindern? Welches Vorgehen halten Sie für bereits in der Vergangenheit verursachtes Leid für angemessen?

Diese Frage berührt das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Patienten und Ärzten, bei dem die Bewertung unnötiger chirurgischer Eingriffe jeweils vom Einzelfall abhängig ist. Mit Verweis auf den rechtlichen und ethisch-medizinischen Rahmen der jeweiligen Handlungsweisen entzieht sich die Beschreibung "unnötige chirurgische Behandlungen" einer politischen Bewertung.

7. LSBTIQ*-Asylsuchende: Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach zum Schutz von LSBTIQ*-Asylsuchenden ergriffen werden (z.B. Problematik der sicheren Herkunftsstaaten, Situation in Flüchtlingsunterkünften)?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum liberalen Rechtsstaat. Entscheidungen über Asylanträge werden jeweils bezogen auf den individuellen Einzelfall rechtlich bewertet und im Zweifelsfall final durch unabhängige Gerichte entschieden und nicht politisch. Wir Freie Demokraten stehen für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, welche den individuellen Schutzbedürfnissen vollständig und umfassend Rechnung trägt.

8. Außenpolitik und internationale Entwicklungshilfe: Welche außenpolitischen Ziele bzgl. LSBTIQ*-Themen bestehen aus Ihrer Sicht? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um auf EU-Ebene und weltweit Menschenrechte für LSBTIQ* durchzusetzen? Wir können Bürgerinnen und Bürger in anderen Staaten vor repressiver Gesetzgebung, Diskriminierung und Gewalt geschützt werden (Kriminalisierung von Homosexualität – bis hin zur Todesstrafe – in derzeit ca. 80 Staaten)?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur „Gemeinsamen Erklärung über die Beendigung von Gewalttaten und ähnlichen Menschenrechtsverletzungen aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität“ als einen Maßstab für Außenpolitik und Entwicklungshilfe unter dem Grundsatz, Freiheit und Menschenrechte weltweit durchsetzen.

9. Aufhebung des Blutspendeverbots: Werden Sie sich für die Aufhebung des bestehenden Blutspendeverbots für Männer, die mit Männern Geschlechtsverkehr haben (MSM), einsetzen?

Ja. Die aktuelle Regelung negiert die Realität, dass viele gleichgeschlechtliche Partnerschaften vertrauensvoll und monogam gelebt werden. Für uns Thüringer Liberale ist es keinesfalls vertretbar, Menschen mit einer bestimmten sexuellen Orientierung pauschal ein sexuelles Risikoverhalten zuzuordnen.